

# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Hauptausschuss</b>		
Sitzungsort <b>Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm</b>		
Datum <b>11.02.2021</b>	Beginn <b>17:00 Uhr</b>	Ende <b>19:26 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## Mitglieder

Hortolani, Frauke, Dr.  
Karsten, Udo

Vertretung für Herrn Detlef  
Wapenhans

Meuser, Alina

Vertretung für Herrn Thorsten  
Kirschner

Schier, Klaus Peter  
Tempel, Gabriele  
Müller, Michael  
Thier, Heinz Georg  
Ziebs, Hartmut  
Gießwein, Brigitta  
Gießwein, Marcel  
Kummer-Dörner, Sabine, Dr.  
Buck, David  
Schwunk, Michael  
Feldmann, Jürgen  
Bockelmann, Christian, Dr.  
Ergen, Ufuk

## Vorsitzender

Langhard, Stephan

## 2. stellv. Vorsitzende

Sartor, Christiane

## Sitzungsteilnehmer/innen der Verwaltung

Fröhlecke, Ramona  
Guthier, Wilfried  
Hiller, Gabriele  
Mollenkott, Marion  
Nowack, Simon  
Rudolph, Heike  
Schweinsberg, Ralf

## Gleichstellungsbeauftragte

Michaelis, Sandra

**Schwerbehindertenvertretung**

Neumann, Waltraut

**Personalrat**

Rath, Christiane

**Schriftführerin**

Liebscher, Sybille

Abwesend:

**Mitglieder**

Wapenhans, Detlef

Flüshöh, Oliver

Pfeffer, Jörg

**1. stellv. Vorsitzende**

Kirschner, Thorsten

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- |      |  |            |
|------|--|------------|
| 1    | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n  |            |
| 2    | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit   |            |
| 3    | Anträge zur Tagesordnung   |            |
| 4    | Niederschrift zur Sitzung vom 18.06.2020 - Kenntnisnahme und Feststellung öffentlicher Teil -  |            |
| 5    | Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung  |            |
| 6    | Ersatzwahl für die Schiedsperson im Schiedsgerichtsbezirk II (Schwelm-Süd)   | 013/2021   |
| 7    | Mitteilungen   |            |
| 8    | Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates   |            |
| 9    | Bestellung der Mitglieder für den Behindertenbeirat  | 022/2021   |
| 10   | Beratung des Etatentwurfs 2021 – FB 5 –  | 026/2021   |
| 10.1 | Feuerwehr in Schwelm – Haupt- und Ehrenamt gemeinsam planen  | 034/2021   |
| 11   | Fraktionszuwendungen ab 11/ 2020   | 001/2021   |
| 12   | Beratung des Etatentwurfs 2021 - FB 1  | 032/2021   |
| 13   | Personalwirtschaftskonzept   | 030/2021   |
|      | Personalwirtschaftskonzept   | 030/2021/1 |
| 14   | Personalentwicklungskonzept  | 031/2021   |
| 15   | Stellenplan 2021   | 029/2021   |
| 16   | Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.12.2020 "Radverkehr in Schwelm stärken" sowie Ergänzungsantrag von SWG.BfS vom 30.12.2020 hierzu | 028/2021   |
| 17   | 31. Änderung des Flächennutzungsplans (Bereich Jesinghauser Straße)  | 210/2020   |
| 18   | Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 108 "In der Graslake, Jesinghauser Straße"   | 212/2020   |
| 19   | Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung  |            |

## **A Öffentliche Tagesordnung**

### **1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n**

Herr Bürgermeister Stephan Langhard begrüßt die Anwesenden der Sitzung des Hauptausschusses und eröffnet die Sitzung.

### **2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Im Anschluss stellt er fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen wurde und dass Beschlussfähigkeit vorliegt.

### **3 Anträge zur Tagesordnung**

Zur Tagesordnung liegen folgende Anträge vor:

- Verschiebung TOP 14 „Fraktionszuwendungen ab 11/2020“ auf TOP 11
- Verschiebung TOP 15 „ Ersatzwahl für die Schiedsperson im Schiedsgerichtsbezirk II (Schwelm Süd) auf TOP 6
- NEU: 31. Änderung des Flächennutzungsplans (Bereich Jesinghauser Straße) TOP 17
- NEU: Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 108 „IN der Graslake, Jesinghauser Straße“ TOP 18
- Aufnahme einer Anlage zur Vorlage 029/2021 – Stellungnahme Personalrat

Weitere Anträge liegen nicht vor, so dass Herr Langhard über die geänderte Tagesordnung abstimmen lässt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

### **4 Niederschrift zur Sitzung vom 18.06.2020 - Kenntnisnahme und Feststellung öffentlicher Teil -**

Herr Langhard teilt mit, dass die Niederschrift zu der Sitzung vom 18.06.2020 allen Mitgliedern des Hauptausschusses rechtzeitig zugeleitet und Einwände gegen sie nicht vorgetragen worden seien. Er schlägt vor, die Kenntnisnahme der Niederschriften und das Nichtvorliegen von Einwänden gegen sie festzustellen und entsprechend zu protokollieren.

Gegen diesen Vorschlag wird kein Widerspruch erhoben.

### **5 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung**

keine

**Beschluss:**

Frau Ute Jansen, Astrid-Lindgren-Weg 12, Schwelm, wird vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvereinigung Hagen des Bundes Deutscher Schiedspersonen als Nachfolgerin für Frau Cornelia Eggert zur Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk II gewählt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**7            Mitteilungen**

Herr Langhard nimmt Bezug auf die Presseberichterstattung in Sachen Bürgerbüro.

Das Team des Bürgerbüros habe sich schnell der Thematik angenommen und weitere Dienste online gestellt. Die irreführenden Verweise in der Software wurden mittlerweile bereinigt. Der Hintergrund sei eine Programmumstellung gewesen. Der Online- Terminkalender sei nunmehr für einen größeren Zeitraum freigeschaltet.

Herr Schweinsberg informiert über das Bahnhofsempfangsgebäude

- *Es gilt das gesprochene Wort* -  
„Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben den Presseberichten der letzten Tage in weiten Teilen den aktuellen Sachstand entnommen.

Ich möchte versuchen nach all den Jahren Ihnen etwas Positives zum Sachstand der Entwicklung mitzuteilen.

Es gibt Kontakt mit der Schwelm Bahnhof KG Wuppertal!

Leider ist damit der Teil der positiven Dinge beendet – bitte sehen Sie es mir nach aber ich bin in meinen 58 Lebensjahren noch nie so veräppelt worden, wie in dieser Sache und ich bin extrem wütend!

Ein Beispiel zur Verdeutlichung: Ich spreche mit dem GF Herrn Otto und er sagt mir um 13:50 Uhr seine Teilnahme am 25.02. der Ratssitzung zu!

Um 16:10 Uhr ruft mich ein MA der Fa IFS aus Rösrath an und teilt mir mit man käme erst am 13.04. in den AUS!

Ich denke das zeigt die Situation wie man mit der Stadt, den Ratsfraktionen und den Bürgern/Innen hier umgeht.

Ich kann Ihnen versichern, dass Herr Lusebrink alles versucht, um hier die erforderliche Klarheit für seine Ideen zu bekommen. Aber auch er tritt auf der Stelle!

In der Verwaltung werden wir nun prüfen, ob es ggfs. Ansätze gibt strafrechtliche Maßnahmen zu ergreifen. Es ist zunächst nur eine Prüfung. Aber vielleicht bekommt man so eine gewisse Klarheit in den Sachverhalt“.

## 8 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates

keine

## 9 Bestellung der Mitglieder für den Behindertenbeirat 022/2021

### Beschlussvorschlag:

Die vorgeschlagenen Mitglieder und Vertreter/Innen werden hiermit bestätigt.  
Es handelt sich um folgende Personen:

**Angelika Beck** (Privatperson, Scharwacht 2, 58332 Schwelm)

**Dagmar Danz** (Privatperson, Göckinghofstraße 34a, Schwelm)

**Liselotte Ingenlath-Gegic** (Privatperson, Viktoriastraße 18, Schwelm)

**Karin Oelze-Böhmer** (Privatperson, Milsper Str. 15, Schwelm)

**Dietrich Rauschtenberger** (Privatperson, Friedrich-Ebert-Straße 41,  
Schwelm)

**Bettina Rohde** (AWO Unterbezirk Schwelm, Mühlenstraße 5, Gevelsberg)

**Dennis Schöneck** (Diakonie Mark-Ruhr, Kaiserstr. 55, Schwelm)

**Joachim Tarne** (Privatperson, Bachweg 13, Schwelm)

**Detlef Wapenhans** (Verein „Mobil mit Behinderung e.V.“ Platz der  
Nachbarschaften 1, Schwelm)

**Kübra Safiye Yilmaz** (Türkische-Islamische Gemeinde zu Schwelm e.V.,  
Königsfelderstr. 4b, 58256 Ennepetal)

**Jörg Ziaja** (Selbsthilfegruppe – Just-Parkinson, Blücherstr. 78, Schwelm)

Vertreter im Behindertenbeirat

**Rolf Steuernagel** (Sozialverband Deutschland (SoVD), Pastor-Nonne-Str. 25,  
Schwelm)

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

## 10 Beratung des Etatentwurfs 2021 – FB 5 –

026/2021

Auf Anfrage des Herrn Gießwein räumt Herr Langhard eine Irritation hinsichtlich der Beschaffung eines Mannschaftswagens und einer Drehleiter für die Feuerwehr aus. Beide Fahrzeuge werden beschafft, so wie es auch der Brandschutzbedarfsplan vorsehe.

Herr Gießwein fragt weiter, weshalb die Ansätze der Ordnungswidrigkeitsverfahren im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Coronaschutzverordnung mit „Null“ angegeben seien. Frau Fröhlecke (stellvertretende Fachbereichsleitung des Fachbereiches Bürgerservice) erläutert, dass zum Zeitpunkt der Ansatzbildung im Sommer 2020 die Dauer der pandemischen Lage nicht absehbar gewesen sei und daher der Ansatz mit „Null“ angegeben worden sei.

Herr Langhard sichert zu, dass die Kennzahlen im weiteren Verlauf der Beratungen angepasst werden.

Frau Dr. Kummer- Dörner fragt, ob man nicht generell vor den Beratungen ein sogenanntes Update einbringen könne. Dies könne die Beratung, gerade für die neuen Mandatsträger erleichtern.

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass der Haushalt in alle Etatberatungen so eingebracht werde, wie er aufgestellt worden sei und planmäßig hätte im Oktober 2020 beschlossen werden sollen.

Herr Schwunk fragt, ob die geringeren Ansätze im Produkt 02.01.04 mit anderweitigen Einsätzen des Außendienstes in Verbindung zu bringen seien?

Frau Fröhlecke bestätigt, dass der Außendienst seit März 2020 ausschließlich zur Kontrolle der Einhaltung der Coronaschutzverordnung im Einsatz gewesen sei.

Herr Schwunk fragt, ob auch Bußgelder erhoben worden seien. Frau Fröhlecke führt aus, dass es knapp 200 Verfahren geben habe, die aber zum größten Teil in mündlichen Verwarnungen geendet seien.

Herr Gießwein bemerkt, dass sich die Erhöhung der Fallzahlen der Bußgelder nicht im monetären Bereich widerspiegeln.

Herr Langhard antwortet, dass hier das genaue Rechnungsergebnis abzuwarten sei und eine ggfs. erforderliche Anpassung über die Änderungsliste zum Haushalt eingespielt werde.

Herr Gießwein weist darauf hin, dass die Erhöhung der Bußgelder schon in der ursprünglichen Aufstellung des Haushaltes keinen Anstieg der Einnahmen verzeichnete.

Herr Langhard sagt zu, dass die Verwaltung prüfen werde.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm den Beschluss der entsprechenden Haushaltsansätze **2021** gemäß Vorberatung in der heutigen Sitzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

## **10.1 Feuerwehr in Schwelm – Haupt- und Ehrenamt gemeinsam planen**

**034/2021**

Herr Ziebs bittet zu prüfen, ob die Schaffung von Wohnraum für die ehrenamtlichen Kräfte möglich sei. Aus seiner Sicht solle es keine Trennung zwischen Ehrenamt und Hauptamt geben, was zusätzlich auch die Attraktivität steigern.

Herr Schwunk erklärt sich im Namen seiner Fraktion einverstanden, dass der Bau der Feuerwache zur Priorität 1 erklärt werde. Ein Problem stelle für ihn die Machbarkeitsstudie dar, da der Bau der Feuerwehr grundsätzlich machbar sei. Er wünscht sich diesbezüglich eine Konkretisierung.

Gleichzeitig solle geprüft werden, ob das Langzeitarchiv nicht ebenfalls hier verortet werden könne.

Herr Langhard antwortet, dass genau diese und andere- Prüfungen Inhalt der Machbarkeitsstudie seien.

Herr Gießwein geht davon aus, dass Wohnraum geschaffen werde. Wenn nein, sei dies mit aufzunehmen. Im Übrigen treffe man diesen Beschluss nunmehr schon das dritte Mal in abgewandelter Variation.

Herr Langhard entgegnet, dass der Beschluss erstmalig mit einem **konkreten Kostenrahmen** getroffen werde. Hierfür habe sich die Verwaltung an vergleichbaren aktuellen Bauten von Feuerwehren orientiert.

Herr Schweinsberg ergänzt, dass man sich noch in den Haushaltsberatungen befinde und der Bau der Feuerwache bisher nicht im Haushalt aufgenommen sei. Ein Beschluss sei daher auch in der Diskussion mit der Aufsicht hilfreich.

### **Beschluss:**

1. Der HA empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm zur Umsetzung des Strategiepapiers „Schwelm 2030“ 250.000 € in die Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2021 zur Vergabe einer Machbarkeitsstudie „Feuerwehr in Schwelm – Haupt- und Ehrenamt gemeinsam planen“ sowie weiterer vorbereitender Maßnahmen aufzunehmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Realisierung notwendigen Haushaltsmittel im Rahmen des Etatbeschlusses 2021 auf Basis eines Kostenrahmens in Höhe von 15,5 Mio € für die Haushaltsjahre 2022 (7 Mio €), 2023 (7 Mio €), 2024 (1,5 Mio €) – einzustellen

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

## **11 Fraktionszuwendungen ab 11/ 2020**

**001/2021**

### **Beschluss:**

Die jährliche Zuwendung für die Fraktionen wird unter Berücksichtigung des neuen Status „mittlere Fraktion“ wie folgt geregelt:

Große Fraktionen	15.000 €
Mittlere Fraktionen	13.100 €
Kleine Fraktionen	11.600 €.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

## **12 Beratung des Etatentwurfs 2021 - FB 1**

**032/2021**

Herr Gießwein regt an die Produktverantwortlichen für die einzelnen Produkte zu ändern, da mittlerweile andere Verwaltungskräfte für die Produkte verantwortlich seien.



Herr Langhard erklärt auf Rückfrage, weshalb bei einigen Kennziffern die Angabe „k.A.“ zu verzeichnen sei. Zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung habe zum Beispiel der Sitzungskalender aufgrund der noch zu erfolgenden Konstituierung des Rates noch nicht festgestanden und es habe daher keine Angabe zur Anzahl der Sitzung gemacht werden können. Weiter seien Unfälle nicht planbar und nur rückwirkend zu bewerten. Frau Dr. Hortolani bittet darum die Kennzahlen für 2019/ 2020 zu ergänzen.

Herr Feldmann vermutet, dass einige Kennzahlen mit „k.A.“ versehen sein könnten, da laut Neuem kommunalen Finanzmanagement (NKF) einige Kennzahlen weggefallen seien. Frau Mollenkott verneint dies.

Herr Langhard begrüßt die Diskussion um die Kennzahlen, da dies zeige, dass diese durchaus wahrgenommen werden.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm den Beschluss der entsprechenden Haushaltsansätze 2021 gemäß Vorberatung in der heutigen Sitzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

### **13 Personalwirtschaftskonzept**

**030/2021**

#### **Personalwirtschaftskonzept**

**030/2021/1**

Herr Langhard beantwortet die vor der Sitzung eingebrachte Frage des Herrn Feldmann, ob der Verwaltung Erkenntnisse über die Gründe vorliegen, weshalb Beschäftigte die Stadtverwaltung verlassen.

Herr Langhard führt aus, dass sogenannte „Aussteigergespräche“ geplant seien. Sollte sich bei den Gründen ein Muster abzeichnen, werde die Verwaltung selbstverständlich gegensteuern.

Herr Langhard erläutert weiter, dass das Personalwirtschaftskonzept (PWK) den wirtschaftlichen Aspekt und das Personalentwicklungskonzept (PEK) die Entwicklung der Verwaltung betrachte. Die Verwaltung beabsichtige zukünftig beide Konzepte getrennt von einander aufzustellen.

Nach 27 Jahren Haushaltssicherung und 10 Jahren Haushaltssanierung sei das Instrument des Stellenabbaus ausgereizt. Man habe im Personalkörper keine Redundanz mehr, so dass die Abarbeitung sich verzögere. Er entschuldigt sich bei den Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Schwelm, dass noch nicht alle Dinge so laufen, wie sie laufen sollten. Es werde sich definitiv für nächstes Jahr etwas ändern.

Herr Gießwein hebt positiv die Stellungnahme des Personalrats der Stadt Schwelm hervor. Die Stellungnahme decke sich mit seinen politischen Ansinnen seit Jahren. Er und seine Fraktion würden zukünftig dem Haushalt nicht mehr zustimmen, sollte das Personalwirtschaftskonzept als Bestandteil des Haushaltes weiterhin so

verspätet eingebracht werden. Er schließe sich ausdrücklich der Stellungnahme des Personalrates an.

Herr Gießwein fragt, ob die zukünftige Verwaltungsstruktur berücksichtigt sei.

Herr Langhard verneint dies.

Herr Schwunk stellt fest, dass der Personalabbau mit einer deutlichen Aufgabenkritik hätte einhergehen müssen. Die Probleme müsse man jetzt im Rahmen von interkommunaler Zusammenarbeit lösen. 15 unbesetzte Stellen sähen er und seine Fraktion mit großen Bedenken. Die Stadtverwaltung Schwelm alleine sei nicht so attraktiv. Eine größere Attraktivität könne man im Verbund durch größere Einheiten erzielen. Einen 2. Beigeordneten erachte er als wichtig, da das Know-how in die Verwaltung geholt werden müsse.

Herr Schier zeigt sich froh, dass das Personalwirtschaftskonzept wieder in den Fokus gerückt sei. Es sei jahrelang diskutiert wurden, dass die wirtschaftliche Effizienz nicht allein über den Stellenabbau gehe. Eine ehrliche Aufgabenkritik helfe auch der Bürgerschaft zu verdeutlichen, dass man über Gelder für freiwillige Leistungen nachdenken müsse. Genauso müsse man über Investitionen nachdenken.

Herr Feldmann führt für sich und die Fraktion DIE LINKE. aus, dass man schon immer darauf hingewiesen habe, dass Personalabbau zu Lasten des Personals gehe. Die Alterspyramide sei schon länger umgekehrt und es sei ein Versäumnis der letzten Jahre, dass man auf Kosten des Personals gespart habe. Neue Technologien seien hier kein Ersatz, es brauche auch Menschen vor den Bildschirmen.

Frau Rath (Personalratsvorsitzende) weist die Aussage des Herrn Schwunk zurück, dass man Know-How in die Verwaltung holen müsse. Es gebe durchaus Know-how seitens der Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung. Zusätzlich könne man auch ausbilden. Sie gibt Herrn Schwunk Recht, dass die Ideen junger Menschen einher mit dem Know-How der Belegschaft gehen sollten. Bezüglich des Themas interkommunale Kooperation müsse bedacht werden, dass die Belegschaft der Stadtverwaltung Schwelm gegenüber sehr loyal eingestellt sind.

Herr Müller weist auf die Problematik hin, dass es schwierig sei, freie Stellen zu besetzen. Hier müsse die Stadtverwaltung insgesamt attraktiver werden. Ein erster und richtiger Schritt sei der Bau des neuen Rathauses. Ebenfalls sei die Ausbildung bei der Stadtverwaltung auf einem guten Weg, wie man an dem hervorragendem Abschluss einer Auszubildenden als Landesbeste NRW letztes Jahr sehen konnte.

### **Beschluss:**

Das Personalwirtschaftskonzept wird dem Rat zur Annahme empfohlen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	1

## **14 Personalentwicklungskonzept**

**031/2021**

Herr Langhard erläutert, dass das vorgelegte Personalentwicklungskonzept (PEK) ein erster Teil einer Gesamtkonzeption sei. Hier handele es sich um eine IST – Aufnahme, die in einem weiteren Schritt um einen Maßnahmenkatalog und die Umsetzungsphase ergänzt werde.

Mit dem PEK sei eine junge Nachwuchskraft betraut worden, die sich sehr engagiert in die Thematik einarbeite.

Den heute vorlegten Entwurf verbinde Herr Langhard mit der Frage an die Politik, ob man sich auf dem richtigen konzeptionellen Weg befinde.

Die zuvor eingereichten Fragen des Herrn Ergen beantwortet Herr Langhard wie folgt:

1. Auf S.8 ist angegeben, dass 20 Stellen unbesetzt sind. Auf der Website der Stadt Schwelm sind nur 7 Stellen aufgeführt. Aus welchem Grund sind nicht alle Stellen online? Wo kann man die Stellenbeschreibungen zu allen 20 Stellen finden?
2. Wie hoch ist der Anteil der Mitarbeitenden in der Verwaltung mit Zuwanderungsgeschichte? Sofern möglich bitten wir um Angabe der Herkunftsländer. Wie steht dieser Anteil im Verhältnis zum Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an der Schwelmer Stadtbevölkerung? Gibt es zu diesem Thema auch strategische Ziele der Verwaltung?
3. Wie hoch ist der Anteil der Mitarbeitenden mit Behinderung? Wie steht dieser Anteil im Verhältnis zum Anteil der Menschen mit Behinderung an der Schwelmer Stadtbevölkerung (sofern erfasst)? Gibt es zu diesem Thema auch strategische Ziele der Verwaltung?

Zu 1.) Das PEK wurde zum Stichtag 13.12.2020 erstellt. Daher seien aktuelle Entwicklungen in den Stellenbesetzungen nicht berücksichtigt.

Zu 2.) Für die Erfassung des Migrationshintergrundes bei den Mitarbeitern gebe es keine rechtliche Verpflichtung. Der Fokus bei der Beurteilung der Bewerbungen liege auf Qualifikation und nicht auf Migration. Daher wäre die detaillierte Beantwortung der Fragestellung mit sehr hohem verwaltungstechnischen Aufwand verbunden, zumal man vorher den Begriff Migrationshintergrund definieren müsse. Allein bei den Beamten sei es per Gesetz vorgesehen, dass diese die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen müssen. Insgesamt sei die Auswertung des Migrationshintergrundes der beschäftigten für die Verwaltung kein steuerungsrelevantes Kriterium.

Zu 3.) An der Stelle mache der Gesetzgeber klare Vorgaben. Die gesetzliche Quote liege bei 5%. Die Quote in der Stadtverwaltung liege bei über 10%. Auch dieses Thema habe für die Stadtverwaltung keine notwendige Steuerungsrelevanz.

Herr Ergen würde sich über aktuelle Stellenausschreibungen freuen, da er über sein Netzwerk auf offenen Stellen hinweise. Er begrüße den strategischen Blick in die Zukunft sehr.

Ergänzend plädiere er dafür, dass es zu einem steuerungsrelevanten Kriterium werde, warum die Mitarbeiter gerne in der Stadtverwaltung arbeiten. Die Auswertung dieser Information könne helfen, sich in Richtung eines Leitbildes auf den Weg zu machen.

Herr Feldmann lobt die engagierte Ausarbeitung. An Herrn Ergen gerichtet stellt er die Frage, wieweit Migration zurückgehe. Man treffe da nicht immer auf Zuspruch. Oft sei der Status „Migration“ seitens der Betroffenen nicht gewünscht.

Frau Dr. Kummer-Dörner bemerkt, dass in dem Konzept viele Handlungsfelder aufgezeigt seien. Sie plädiere für Ausbildung und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Hinsichtlich der Auflistung der Ziele fragt sie, ob es sich um eine Rangfolge handele. Herr Langhard antwortet, dass es sich um eine reine Aufzählung handele.

Herr Dr. Bockelmann fragt nach den Ursachen des Krankenstandes und ob es da auch Analysen gebe.

Herr Langhard führt aus, dass im Rahmen des Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) Gespräche geführt würden, die Verwaltung aber auch hier noch Verbesserungsbedarf sehe.

Herr Schier unterstreicht für sich und seine Fraktion, dass es das PEK richtig sei und dass es darüber hinaus wichtig sei, diese Ziele zu haben. Er gehe davon aus, dass junge Menschen sich an soll einem Konzept orientierten und damit auch bei der Stadtverwaltung „gehalten“ werden können. Hinsichtlich der Thematik Migration fügt er hinzu, dass es im Dienst nach Befähigung und nicht nach Migration gehe.

Herr Schwunk sieht das Personalentwicklungskonzept sehr positiv. Es sei für ihn aber eher eine Problembeschreibung. Vielmehr interessiere ihn die spätere Umsetzung. Es müsse ein Schwerpunkt in die Personalgewinnung gelegt werden. Ebenso müsse man in der Ausbildung neue Wege gehen. Es gehe hier um einen ganzheitlichen Ansatz. Erschreckend sei für ihn die Weiterbildungsquote. Hieran müsse dringend gearbeitet, wenn nicht sogar „geklotzt“ werden.

Herr Buck fragt, ob der Entwurf der erste Teil sei und wenn ja, wann mit einer Fortschreibung zu rechnen sei.. Herr Langhard bejaht dies und avisiert den nächsten Teil vorbehaltlich nicht planbarer Entwicklungen für die Ratssitzung im Juli 2021.

Herr Ergen führt in Richtung der Herren Feldmann und Schier aus, dass er die Menschen nicht auf ihre Migration reduziere. Die Verwaltung müsse im Aufbau zeigen, dass auch diese Bevölkerungsschicht wahrgenommen und vertreten werde. Er vergleiche es an dieser Stelle mit der Frauenquote, die auch für nichts anderes stehe als für die Vertretung eines Teils der Bevölkerung.

Frau Rath antwortet, dass der Personalrat bewusst gegen die Erfassung des Merkmals Migration sei. Es gehe um Qualifikation und Bestenauslese. Gerade bei den jungen Kolleginnen und Kollegen entwickle sich ein Standing, sich nicht als „Migranten“ zu verstehen, da sie in Deutschland geboren seien.

Herr Feldmann bemerkt, das das Thema sehr komplex sei und von der Verwaltung auch gesehen werden müsse.

Herr Müller befürchtet, dass es bei der Festlegung einer Quote eher zu einer Spaltung der Gesellschaft kommen könne. Vielmehr solle man versuchen ein attraktiver Arbeitgeber für alle zu sein.

Das Personalentwicklungskonzept wird zur Kenntnis genommen

**15 Stellenplan 2021**

**029/2021**

Herr Feldmann erläutert seine zuvor eingereichte Frage, ob die Stelle der Gleichstellung auch stellenfremde Leistungen erbringe, da sie im Stellenplan mit nur 0,90 VZE ausgewiesen sei. Männer und Frauen seien in der heutigen Zeit noch nicht gleichgestellt. Für DIE LINKE. sei dies nicht nur ein Thema der Verwaltung sondern für die gesamte Stadt Schwelm. Es sei untragbar von dieser Stelle noch etwas abzuziehen. Die Fraktion DIE LINKE. behalte sich vor, einen entsprechenden Antrag auf eine Vollzeitstelle zu stellen.

Herr Gießwein bittet darum, dass es zukünftig möglich sei, auch Personalfragen in den Fachausschüssen zu diskutieren.

Herr Schweinsberg antwortet, dass dies möglich sei und die Verwaltung dann Vertreter des Bereiches Personal zu den Fachausschüssen hinzuziehen werde.

**Beschluss:**

Der Stellenplan wird dem Rat, einschließlich der eventuell in der Beratung erfolgten Änderungen, zur Annahme empfohlen.,

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	1

**16 Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.12.2020 "Radverkehr in Schwelm stärken" sowie Ergänzungsantrag von SWG.BfS vom 30.12.2020 hierzu**

**028/2021**

Herr Gießwein erklärt sich einverstanden, dass der Antrag seiner Fraktion nicht weiterverfolgt werde, sofern die Verwaltung zukünftig auch Fremdanzeigen zulasse.

Herr Langhard sichert zu, dass die Stadtverwaltung zukünftig Fremdanzeigen entgegennehme, sofern sie den rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen.

Herr Kranz zieht den Ergänzungsantrag seiner Fraktion zurück.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**17 31. Änderung des Flächennutzungsplans (Bereich Jesinghauser Straße)**

**210/2020**

Herr Gießwein fehle der ökologische Aspekt. Er fragt, wie es mit den Themen Photovoltaik und Versiegelung aussehe. Er bittet darum, dies zukünftig direkt zu berücksichtigen.

Herr Feldmann werde sich im Namen der LINKEN. enthalten. Es werde ein Grundstück der Stadt verkauft und er habe etwas gesehen, was dafür vereinnahmt werde. Er fragt nach der Bewertung des Grundstückes.

Herr Schweinsberg antwortet, dass es sich um ein Grundstück der TBS handele, wo im Verwaltungsrat der TBS auch Preise genannt worden seien.

Herr Schwunk sieht die Entwicklung positiv, dass man für eine Brache ein Konzept habe.

Es biete sich an, einen Radweg vorzusehen, der eine direkte Anbindung an das Radwegenetz realisieren könne. Er würde sich freuen, einen guten, pragmatischen und ökologischen Weg gehen zu können.

Herr Schweinsberg führt aus, dass Herr Nowack (Wirtschaftsförderer) lange für das Bleiben der ansässigen Firma gekämpft habe. Die Verwaltung sehe den Radweg nicht, da dieser zu nah an den Verwaltungsgebäuden vorbeiführen würde.

Die Verwaltung prüfe derzeit die Anbindung, da die Wichtigkeit erkannt worden sei. Dafür zuständig sei die Radwegekommision.

### **Beschluss:**

1. Gemäß § 2 Abs. 1 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist, wird die Aufstellung der 31. Flächennutzungsplan-Änderung (Bereich Jesinghauser Straße) beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	1

## **18      Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 108 "In      212/2020 der Graslake, Jesinghauser Straße"**

### **Beschluss:**

1. Gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist, wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 108 „In der Graslake, Jesinghauser Straße“ beschlossen. Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke (Stand 09.12.2020) 50, 57, 58, 59, 62 und tlw. 63 der Gemarkung Schwelm Flur 15. Den genauen Geltungsbereich setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 (7) BauGB).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des Vorentwurfs und der dazugehörigen Entwurfsbegründung, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des Vorentwurfs und der dazugehörigen Entwurfsbegründung, die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	1

## 19 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Müller regt an vor dem Hintergrund der sinkenden Inzidenzwerte die Entsorgungsannehme der TBS wieder zu öffnen.

Herr Langhard antwortet, dass der Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) sich damit schon beschäftigt habe. Herr Guthier bekräftigt dies, weist aber darauf hin, dass die Öffnung von der Entwicklung der Inzidenzwerte abhängig gemacht werde.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 15 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 22.03.2021	Schriftführerin gez. Liebscher	Der Bürgermeister gez. Langhard
-------------------------	-----------------------------------	------------------------------------